

(Name, Vorname)

(DSt/PersNr/SB)

(TelefonNr.)

VAK-Bezügekasse

Erklärung zum höheren Familien- bzw. Anwärterverheiratetenzuschlag wegen Aufnahme einer Person in die Wohnung (gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 4 SHBesG / § 67 Abs. 2 SHBesG)

1. Ich mache einen Anspruch auf Zahlung des höheren Familien- bzw. Anwärterverheiratetenzuschlags nach den o. a. Vorschriften geltend.

ja nein

Hinweis: Wenn „nein“, sind keine weiteren Angaben zu Ziffer 2 - 6 erforderlich.

- 2.1 Ich bin folgenden Personen, die ich in die von mir bewohnte Wohnung aufgenommen habe bzw. Kindern, die ich auf meine Kosten anderweitig untergebracht habe, ohne dass die häusliche Verbindung aufgehoben ist, gesetzlich oder sittlich zum Unterhalt verpflichtet:

Name, Vorname	Geb.Datum	Begründung für die Unterhaltsverpflichtung (z. B. leibliches Kind)
1.		
2.		
3.		

- 2.2 Für den Unterhalt der aufgenommenen oder anderweitig untergebrachten Person stehen folgende Mittel zur Verfügung:

zu lfd. Nr.	1		2		3	
	EUR monatlich	EUR einmalig	EUR monatlich	EUR einmalig	EUR monatlich	EUR einmalig
a) Barunterhaltsleistungen von dritter Seite >> bitte Hinweis * beachten						
b) Sachleistungen ¹⁾ von dritter Seite						
c) eigenes Einkommen des Kindes						
d) Renten						
e) Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit ²⁾						
f) Leistungen nach dem BAFöG						
g) sonstige öffentliche Förderungs- und Unterstützungsleistungen						
h) Kindergeld oder sonstige entsprechende Leistungen						
i) kinderbezogene Anteile des Familienzuschlages etc.						
j) sonstige Zahlung von dritter Seite						

* falls keine Leistungen erbracht werden, bitte die Gründe für eine Nichtzahlung darlegen. Bitte auch den zeitlichen Umfang mitteilen (z.B. nur in diesem Jahr...)

¹⁾ z. B. Bekleidung, Beköstigung

²⁾ z. B. Arbeitslosengeld, Unterhaltsgeld, Übergangsgeld

3. Ich habe eine andere Person in die von mir bewohnte Wohnung aufgenommen, weil ich aus beruflichen oder gesundheitlichen Gründen ihrer Hilfe bedarf.

nein ja, Anzahl der weiteren Personen

4. Außer mir und den unter 2.1 genannten Personen wohnen noch weitere Personen in der Wohnung, die eine gesetzliche oder sittliche Unterhaltsverpflichtung gegenüber einer der in 2.1 genannten Person oder einer anderen Person, die ebenfalls in die Wohnung aufgenommen bzw. anderweitig untergebracht ist, haben.

ja nein

Hinweis: Wenn „nein“, sind keine weiteren Angaben unter 5 - 6 erforderlich.

5. Von den unter 4. erfassten Personen ist der / die

	1. Mitbewohner/in	2. Mitbewohner/in	3. Mitbewohner/in
Name, Vorname			
a) rechtl. Stellung zur aufgen. Person (z.B. Kindesmutter, Kindesvater...)			
b) nicht berufstätig und nicht Versorgungsempfänger/-empfängerin und nicht im Anwärterverhältnis			
c) verwitwet			
d) verheiratet			
e) geschieden und erhält Familienzuschlag der Stufe 1			
f) berufstätig (bitte Beschäftigungsstelle angeben!)			

Hinweis: Soweit für einen Mitbewohner / eine Mitbewohnerin unter 5. b) bis e) ein Tatbestand erfüllt ist, sind für ihn / sie keine weiteren Angaben erforderlich.

6. Ich beanspruche den Familien- / Anwärterverheiratetenzuschlag

voll (ggf. zeitanteilig), zur Hälfte, zu einem Drittel,

da mir bekannt ist, dass ein / eine zwei Mitbewohner / Mitbewohner / innen bei seiner / ihrer Beschäftigungsdienststelle / Pensionsfestsetzungsbehörde einen entsprechenden Anspruch mit Erfolg geltend gemacht hat / haben, der Unterschiedsbetrag mir somit nur anteilig zusteht.

Hinweis: Wenn Sie den Unterschiedsbetrag nur anteilig beanspruchen, sind weitere Angaben zur Person des / der Mitbewohner / s / Mitbewohnerin / innen nicht erforderlich. Etwaige Nachteile, die Ihnen hieraus entstehen, gehen zu Ihren Lasten.

Ich versichere, dass meine Angaben vollständig und richtig sind. Mir ist bekannt, dass ich verpflichtet bin, jede in den vorstehend dargelegten Verhältnissen künftig eintretende Änderung unverzüglich der für die Zahlung meiner Bezüge zuständigen Stelle durch besonderes Schreiben anzuzeigen und ggf. zu belegen, da eine Änderung in den vorstehend dargelegten Verhältnissen Auswirkungen auf die Höhe bzw. Fortzahlung des Familien- bzw. Anwärterverheiratetenzuschlages haben kann. Deshalb führt eine unterlassene, verspätete oder fehlerhafte Meldung in jedem Falle zu einer Rückforderung etwa überzahlter Bezüge. Eine Durchschrift dieser Erklärung habe ich zurückbehalten.

- eine Haushaltsbescheinigung habe ich dieser Erklärung beigefügt (bei erstmaligem Antrag erforderlich, sonst nach Aufforderung)

Ort, Datum

Unterschrift